

Es informiert Sie	Anita Kretschmer
Telefon (0202)	563 22 24
Fax (0202)	563 80 15
E-Mail	anita.kretschmer@stadt.wuppertal.de
Datum	17.07.03

---

**Niederschrift**  
**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses Soziales und Gesundheit am**  
**02.07.2003**

Anwesend sind:

**Vorsitz**

Herr Arnold Norkowsky ,

**von der CDU-Fraktion**

Herr Prof.Dr. Helmut Brunner , Herr Horst Hombrecher , Herr Theodoros Olympos , Herr Günter Pott ,

**von der SPD-Fraktion**

Herr Jörg Blume , Herr Andreas Mucke , Frau Christa Stuhldreiter , Herr Hans Jürgen Vitenius ,

**von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Herr Paul Yves Ramette ,

**von der FDP-Fraktion**

Herr Daniel Haas ,

**berat. Mitglied § 58 I GO NRW**

Herr Michael Hohagen ,

**von den Wohlfahrts- u. Jugendverbänden**

Herr Eckhard Arens , Herr René Erber , Herr Reinhard Fliege , Frau Renate Schäning , Herr Jörg Slopianka , Frau Barbara Dudda- Dillbohner

**als sachkundige Einwohner**

Herr Hans Bernd Engels ,

**Ausländerbeirat**

Herr Frederick Mann ,

**von der Verwaltung**

Frau Krause , Herr Dr. Kühn , Herr Lenz , Herr Dr. Rieger , Frau Rosenkranz , Frau Krautmacher, Frau Brüntrup, Frau Weisz, Frau Dr. Hoeltz, Herr Renziehausen, Frau Dahlheim, Herr Demmer, Herr Krings

**Schriftführerin**

Frau Anita Kretschmer ,

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:15 Uhr

Der Vorsitzende begrüßt die vielen Gäste, die sich zur Behandlung von TOP 1 eingefunden haben sowie die Vertreter der Presse.

Er verweist auf die Tischvorlage „Gemeinnützige Arbeit von Sozialhilfeempfängern- Übersicht-“, Antrag der CDU- Fraktion vom 24.06.03, VO/1725/03.

Einvernehmlich wird die Tagesordnung dahingehend erweitert, dass die Drucksache als TOP 6 behandelt wird und sich alle folgenden Tagesordnungspunkte entsprechend verschieben.

## I. Öffentlicher Teil

### 1 Situation der Wuppertaler Pflege in 2003

---

**Herr Arens** beklagt, dass durch die nicht erfolgte Genehmigung zur Nutzung des Rathausvorplatzes durch das Ressort Straßen und Verkehr der Stadt die Einrichtungen und Träger der ambulanten und stationären Träger keine Gelegenheit erhalten haben, wie ursprünglich geplant, zu demonstrieren und Flugblätter zu verteilen.

**Beig. Dr. Kühn** erklärt, dass er heute eine Mitteilung des zuständigen Kollegen erhalten hat. Er drückt im Namen der Verwaltung sein Bedauern darüber aus, dass aufgrund eines Missverständnisses die Einrichtungen keine Gelegenheit erhalten haben, ihr Anliegen auf dem Rathausvorplatz zu präsentieren.

Der **Vorsitzende** macht auf das ausliegende Schreiben des Seniorenbeirates der Stadt Wuppertal zum Thema Landespflegegesetz NRW an die Ministerin für Soziales, Frauen und Familie aufmerksam.

**Herr Hanke**, Vorsitzender des Ev. Verbandes für Altenarbeit im Diakonischen Werk der Ev. Kirche im Rheinland hält ein Referat zur Pflegesituation. Am Ende bittet er den Ausschuss um Unterstützung bei der Forderung, dass die Stadt Wuppertal auf die für die Pflegedienste zu hohen Gebühren für die Ausnahmegenehmigungen für das Parken in eingeschränkten Parkverbot verzichtet.

Vertreterinnen der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, **Frau Schäning** und **Frau Dudda- Dillbohner** übergeben die Resolution und den Text des Referates dem Vorsitzenden Arnold Norkowsky und Herrn Beigeordneten Dr. Stefan Kühn.

Weitere Fachbeiträge erfolgen durch die Herren **Arens, Bürgener, Hesse** und **Devieth** von Einrichtungen der Pflege.

**Beig. Dr. Kühn** stellt auf Nachfrage klar, dass die ab 01.07.03 geltende Regelung zum Vermögenseinsatz bei Sozialhilfe empfangenden Pflegebedürftigen in Wuppertal nicht die kleinen Sterbeversicherungen und die Sachgüter betrifft.

Der **Vorsitzende** sagt zu, das Anliegen zu den Ausnahmegenehmigungen an die zuständige Stelle der Verwaltung weiterzugeben.

### **Sitzungsunterbrechung: 17.10-17.17 Uhr**

Die Resolution und der Text des Referates sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

---

## 2 Strategische Steuerung

---

### 2.1 Strategische Steuerung Vorlage: VO/1330/03

Der **Vorsitzende** weist auf den ausliegenden Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom Vortag. Es besteht Einvernehmen, diesem Beschluss zu folgen.

**Herr Haas** beantragt, im Text zum Zielbereich 3 im Absatz „Wir fördern ein familienfreundliches Wohnen...“ den Begriff „etc“ zu streichen.

Auf Anregung von **Herrn Engels** wird einvernehmlich festgestellt, dass Belange behinderter Menschen in die weitere Entwicklung des Konzeptes einfließen sollen.

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 02.07.2003:

Hauptausschuss und Rat der Stadt wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat der Stadt nimmt den Zwischenbericht zur strategischen Steuerung der Stadt auf der Grundlage folgender Papiere zur Kenntnis:
  - Strategische Ziele der Stadt
  - Handlungsschwerpunkte zu den strategischen Zielen
  - Indikatoren zur Beobachtung und Steuerung der Entwicklung der Stadt
2. Der Ziffer 2 des Beschlussvorschlages wird nicht zugestimmt.
3. Es wird empfohlen, die von der CDU- Fraktion mit der Drs.Nr. VO/1768/03 beantragten Änderungen zum Zielbereich 3 „Soziales und Kultur“ bzw. zu den Handlungsschwerpunkten des Zielbereiches 3 mit Ausnahme des Punktes III./2. noch mit in den Bericht einzuarbeiten.
4. Darüber hinaus wird im Text zum Zielbereich 3 im Absatz „Wir fördern ein familienfreundliches Wohnen...“ der letzte Begriff „etc“ gestrichen.
5. In die weitere Entwicklung des Konzeptes sollen die Belange behinderter Menschen einbezogen werden.

Einstimmigkeit.

---

### 2.2 Änderungsantrag zur Drucksache VO/1330/03 Vorlage: VO/1768/03

Der Änderungsantrag ist mit Ausnahme des ursprünglichen Punktes II./2. in die Beschlussempfehlung zur Drs.Nr. 1330/03 eingeflossen.

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 02.07.2003:

Hauptausschuss und Rat der Stadt wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

- I. Die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages wird gestrichen.
- II. Zielbereich 3:
  1. Das Oberziel wird nach „Selbstorganisationen“ redaktionell wie folgt ergänzt:  
„und stehen denen hilfreich zur Seite, die dazu nicht (mehr ) in der Lage sind“.

2. Im ersten und zweiten Spiegelpunkt wird das Wort „nachhaltig“ gestrichen,  
denn es ist bereits im Oberziel definiert.
3. Der sechste Spiegelpunkt wird ergänzt um „und Männern“, denn Alleinerziehende sind in unserer Gesellschaft geschlechtsneutral benachteiligt.
4. Im siebten Spiegelpunkt ist vor Integrationsarbeit „und aktive“ zu streichen.  
Zu streichen ist ferner „den einzelnen Quartieren“. Alternativ zu setzen ist „der Stadt“.
5. Neuformulierung achter Spiegelpunkt: „Wir bieten für Menschen in Notlagen und Armut wirtschaftliche und persönliche Hilfen an“.
6. Ergänzung neunten Spiegelpunkt zwischen Überschrift und erstem Satz:  
„Der erste Schritt ist die Durchsetzung des geltenden Ordnungsrechts“.
7. Im letzten Satz des elften Spiegelpunktes ist die Formulierung „durch Außen verursachten“ zu streichen und durch „bestehenden“ zu ersetzen.
8. Im zwölften Spiegelpunkt ist der zweite Satz der Überschrift hinter „Selbstorganisation“ zu beenden. Der Rest des Satzes entfällt.  
Neuer dritter Satz: „Insbesondere fördern wir die Freie Wohlfahrtspflege“.

III. Handlungsschwerpunkte zu den einzelnen strategischen Zielen:  
Zielbereich 3:

1. Im ersten Spiegelpunkt wird die Anzahl der Spiegelstriche von vier auf fünf  
wie folgt erhöht:
  - in den Sportvereinen
  - in der freien Wohlfahrtspflege
  - in der JugendhilfeSpiegelstriche vier und fünf bleiben unverändert.
2. Im achten Spiegelpunkt wird vor dem Wort Weiterentwicklung „zentrale“ eingefügt, denn Kinderheime sind keine Einrichtungen, die der Stadtteilorientierung unterliegen.

Einstimmigkeit.

---

**3     **Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Übergangsheimen und Übergangswohnungen der Stadt Wuppertal für ausländische Flüchtlinge und Aussiedler (9. Änderungssatzung)****  
**Vorlage: VO/1589/03**

Beschluss des Ausschusses Soziales und Gesundheit vom 02.07.2003:

Hauptausschuss und Rat der Stadt wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die neunte Änderung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Übergangsheimen und Übergangswohnungen der Stadt Wuppertal für ausländische Flüchtlinge und Aussiedler (9. Änderungssatzung).

Einstimmigkeit.

- 
- 4**      **Zur Situation aidskranker und HIV-infizierter Menschen in Wuppertal**  
**Antrag der SPD- Fraktion vom 10.06.03**  
**Vorlage: VO/1650/03**
- Frau Dr. Hoeltz** vom Gesundheitsamt und **Herr Erber** von der AIDS- Beratung berichten. Die präsentierten Folien sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.
- Frau Schäning** bittet in einer der nächsten Sitzungen um einen Bericht über die Arbeit der Beratungsstelle für sexuell übertragbare Erkrankungen.
- Die Anfrage ist durch den mündlichen Bericht erledigt.
- 
- 5**      **Beratungsstelle für behinderte Kinder und deren Familien,**  
**mündlicher Bericht**
- Beig. Dr. Kühn** informiert darüber, dass die Realisierung einer Beratungsstelle im Rahmen der mit dem Kämmerer geschlossenen Zielvereinbarung zum Budget noch geprüft wird. Er hofft auf ein Ergebnis nach der Sommerpause.
- 
- 6**      **Gemeinnützige Arbeit von Sozialhilfeempfängern - Übersicht**  
**Vorlage: VO/1725/03**
- Die Drucksache gilt einvernehmlich als eingebracht. Die Verwaltung wird gebeten, die schriftliche Antwort den Ausschussmitgliedern zukommen zu lassen.
- 
- 7**      **Mitteilungen der Verwaltung**
- Beig. Dr. Kühn** informiert darüber, dass nach der vorliegenden Entscheidung des Kämmerers der Pflegeatlas wie geplant in das Internet- Angebot der Stadt eingestellt werden kann.
- Weiter gibt er bekannt, dass die Rückhilfen für Menschen aus dem ehem. Jugoslawien bereits zur Rückkehr einiger Familien geführt haben, weitere werden folgen.
- 
- 8**      **Wünsche und Anregungen**
- Keine Wortmeldungen.

Arnold Norkowsky  
Vorsitzender

Anita Kretschmer  
Schriftführer/in

Anlagen:

- Anlage 01, Resolution der AGfW zur Pflege in Wuppertal
- Anlage 02, Referat von H. Hanke zur Pflege in Wuppertal
- Anlage 03, Bericht HIV Gesundheitsamt
- Anlage 04, Bericht HIV AIDS- Hilfe
- Anlage 05, Beantwortung der CDU- Anfrage zur VO/1725/03